Der Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Erfurt . Der Oberbürgermeister . 99111 Erfurt

Herrn

...

**DS 0799/25; Einwohneranfrage nach § 9 Abs. 1 GeschO; Fördermittel
Komplexmaßnahme Südeinfahrt; öffentlich**

Journal-Nr.:

Sehr geehrter Herr ...,

Erfurt,

ich bedanke mich für Ihre Anfrage und antworte Ihnen wie folgt:

1. Entspricht dies den Tatsachen?

Der Stichtag für die Anmeldung von Bauvorhaben gemäß der Richtlinie Kommunale Verkehrsinfrastruktur (RL-KVI) beim Thüringer Landesamt für Bau- und Verkehr, deren Ausführung im Folgejahr beginnen sollen, ist immer der 31. März des aktuellen Jahres. Dies bedeutet, dass die Landeshauptstadt Erfurt -hier das Tiefbau- und Verkehrsamt- alle Bauvorhaben, die die Förderkriterien der Richtlinie erfüllen, zur Förderung durch den Freistaat Thüringen anmeldet. Dafür ist es ohne Bedeutung, wann vor dem 31. März 2024 (also vor dem Stichtag zur Einreichung der Maßnahmenübersicht) die Anmeldungen das Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr erreichen (für die Martin-Andersen-Nexö-Straße war dies der 26. März 2024), da nur die Anmeldefrist selbst entscheidend ist. Für alle Kommunen, Kreise und Gemeinden in Thüringen gilt diese Frist gleichermaßen.

Die Antragsteller reichen dort ihre für das Folgejahr geplante Übersicht an Bauvorhaben ein und untersetzen ihre Anmeldung mit den groben Daten des Bauvorhabens einschließlich der bis dato vorliegenden Kostenschätzung oder Kostenberechnung. Der Fördermittelgeber sammelt die Anmeldungen, prüft nachfolgend die Gesamtsumme aller von den Gebietskörperschaften eingereichten Maßnahmen und vergleicht diese mit seinem vom Freistaat Thüringen -hier das Finanzministerium- autorisierten Programmrahmen.

Regelmäßig meldet das Tiefbau- und Verkehrsamt eine Vielzahl von Bauvorhaben an, auch in dem Bewusstsein, bereits nach der ersten Prüfung durch das Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr, meistens zur Jahresmitte, für die Mehrheit der gestellten Anträge Absagen zu erhalten, da der Programmrahmen insgesamt nicht für alle angemeldeten Bauvorhaben ausreicht (das Absageschreiben für die Martin-Andersen-Nexö-Straße datiert auf den 06. August 2024).

Seite 1 von 3

Sie erreichen uns:

E-Mail: oberbuergemeister@erfurt.de

Internet: www.erfurt.de

Rathaus

Fischmarkt 1

99084 Erfurt

Stadtbahn 2, 3, 6

Haltestelle:

Fischmarkt

Aus den Erfahrungen der zurückliegenden Jahre ist zu konstatieren, dass die vom Tiefbau- und Verkehrsamt jährlich angemeldeten Bauvorhaben einen Gesamtumfang zwischen 10 Mio. EUR und 45 Mio. EUR umfassen, der Programmrahmen des Freistaates Thüringen aber lediglich 16 Mio. EUR bis 20 Mio. EUR umfasst, mithin nach einer Verteilung über die Einwohnerzahlen des Freistaates Thüringen die Landeshauptstadt Erfurt eine Zuteilung in Höhe von ca. 10 % dieser Summe erhält (Aufnahme ins Hauptprogramm). Liegen die Anmeldungen insgesamt in Summe unter dem verfügbaren Programmrahmen oder treten Kommunen im Laufe des Jahres vom Antrag zurück, profitieren die verbleibenden Kommunen von einer höheren Zuweisung (Aufnahme ins Ersatzprogramm). Bei Bauvorhaben, die eine mehrjährige Bauzeit erfordern, verteilt sich die Zuweisung auf die Jahre der Bauzeit. Dies schmälert allerdings die Zuweisung für die Folgejahre.

Betrachtet man die Finanzierung städtischer Infrastrukturprojekte näher, bedeutet eine Förderquote von 75 % (gemäß RL-KVI) in etwa eine Zuwendung in Höhe von ca. 50 % der Gesamtkosten des Projektes, da der Fördermittelgeber zuerst nur die anrechenbaren Kosten jeder Maßnahme bezuschusst und zusätzlich dazu die möglichen Ausgleichsleistungen der Antragstellerin abzieht, da diese über Straßenausbauausgleichsverordnung ausgezahlt werden.

Im Umkehrschluss ist also die Landeshauptstadt Erfurt dazu gezwungen, die Mehrheit ihrer Infrastrukturprojekte ohne Förderung durch den Freistaat Thüringen zu finanzieren und erhält regelmäßig nur die Ausgleichsleistungen.

Selbstverständlich kann der Baubeginn jeder einzelnen Maßnahme immer wieder verschoben werden, bis vielleicht doch eine Förderung zu erreichen ist. Dies ist aber unrealistisch, da das erforderliche Bauprogramm der Landeshauptstadt Erfurt immer sehr viel größer und umfangreicher ist, als die mögliche (vom Freistaat selbst begrenzte) Höhe der Bezuschussung kommunaler Projekte zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Gleiches gilt im Übrigen für die Förderung des Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Auch hier gibt es ein Förderprogramm des Freistaates Thüringen, das aber ähnlich dem Bedarf der Thüringer Gebietskörperschaften hinterherhinkt wie bei der kommunalen Verkehrsinfrastruktur (KVI).

2. Welche Begründung gibt es dafür?

Zusätzlich zu den vorstehenden Erläuterungen ergänze ich, dass die Landeshauptstadt Erfurt wählen kann, welche Bauvorhaben in das Hauptprogramm der KVI aufgenommen werden sollen bis zum Erreichen der möglichen Zuteilungshöhe, mithin ca. 10% des Verfügungsrahmens für alle Thüringer Gebietskörperschaften. Dabei ist es völlig bedeutungslos, auf welche Projekte die Wahl der Stadt fällt, da die Konditionen in diesem Programmrahmen für alle Vorhaben gleich sind und alleinig von der Höhe der Zuschüsse limitiert werden. Die Wahl der Maßnahmen sichert lediglich die maximale Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Fördermittel.

3. Warum sind die Fördermittel für die Baumaßnahme entsprechend DS 0304/24 nicht rechtzeitig beantragt worden mit der Aussicht auf Zuteilung? Seit 2019 läuft das Planungsverfahren.

Die Stadt hat immer alle ihre Fördermittelanträge fristgerecht eingereicht und immer so viele Maßnahmen zur Förderung bestätigt bekommen, wie Geld des Freistaates Thüringen zur Verfügung stand. Die Aussichten auf Zuteilung habe ich vorstehend sehr ausführlich erläutert. Die Informationen Ihrer Quelle sind daher unzutreffend. Die Planungen zur Umgestaltung der Südeinfahrt reichen bis in das Jahr 2007 zurück. Auch hier treffen die Ihnen vorliegenden Informationen nicht zu.

Sehr geehrter Herr ..., mit der vorliegenden Beantwortung kann die Angelegenheit als erledigt betrachtet werden oder auf Ihren Antrag wird die Beantwortung der Anfrage entweder in der nächsten Sitzung des Stadtrates oder im zuständigen Ausschuss behandelt. Ihren formlosen Antrag richten Sie bitte innerhalb einer Woche nach Erhalt dieses Schreibens an die Stadtverwaltung Erfurt, Bereich Oberbürgermeister, Bürgerbeauftragte, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt. Die Übermittlung des Antrages ist auch per E-Mail an buengerbeauftragte@erfurt.de möglich.

In der Sitzung des Stadtrates bzw. des zuständigen Ausschusses können Sie bis zu zwei Nachfragen, schriftlich oder mündlich, stellen. Zur Sitzung des Stadtrates oder des zuständigen Ausschusses werden Sie dann separat eingeladen.

Darüber hinaus bitte ich Sie, innerhalb der oben genannten Wochenfrist mitzuteilen, ob Sie die Veröffentlichung Ihrer Frage mit dazugehöriger Antwort im Bürgerinformationssystem unter Nennung Ihres Namens wünschen. Andernfalls wird die Einwohneranfrage in anonymisierter Form mit Frage und Antwort im Bürgerinformationssystem zugänglich gemacht.

Mit freundlichen Grüßen

A. Horn